

Kevin Rudd: Wettbewerb statt Waffengang. Wie sich ein Krieg zwischen China und den USA noch verhindern lässt, S. 39-46

Noch nie war die Gefahr eines militärischen Schlagabtauschs zwischen den USA und China größer als heute, warnt der Sinologe und frühere Premierminister Australiens, Kevin Rudd. Um einen Krieg zu verhindern, bedürfe es dringend eines regulierten Wettbewerbs zwischen den Großmächten.

Berthold Franke: Für einen neuen Faschismusbegriff. Warum wir bei Putin, Orbán und Co. nicht nur von Rechtspopulismus sprechen sollten, S. 47-60

Putin, Orbán, Modi oder Höcke bloß Populisten zu nennen, ist eine Verharmlosung, so der Sozialwissenschaftler Berthold Franke. Er analysiert die Geschichte des F-Worts und identifiziert strukturelle Ähnlichkeiten des heutigen Rechtspopulismus mit dem Faschismus des 20. Jahrhunderts.

Antje Schrupp: Die langen Linien des Patriarchats, S. 61-68

Warum hält sich die männliche Dominanz trotz der vielen, bereits erkämpften weiblichen Freiheiten so hartnäckig? Die Politikwissenschaftlerin Antje Schrupp verfolgt die langen Linien des Patriarchats und stellt fest: Dieses ist historisch viel instabiler, als es manche seiner Verfechter gerne hätten.

Horst Kahrs: Kulturkampf mit Wagenknecht. Zum politischen Potenzial einer links-autoritären Partei, S. 69-76

Die Anzeichen für eine Parteigründung durch Sahra Wagenknecht verdichten sich. Der Sozialwissenschaftler Horst Kahrs analysiert das Wählerpotenzial und die programmatische Basis des Projekts. Sein Fazit: Die sich abzeichnende Ausrichtung auf linksautoritäre Wähler ist nicht links.

Wolfgang Zellner: Der Dschidda-Prozess: Erste Hoffnung auf ein Ende des Ukrainekrieges, S. 77-84

Mit dem Dschidda-Prozess existiert erstmals ein globales diplomatisches Format zur Beendigung des Ukrainekrieges. Auch wenn Friedensverhandlungen maßgeblich vom Erfolg der ukrainischen Gegenoffensive und der US-Präsidentschaftswahl 2024 abhängen, eröffne der Prozess im saudi-arabischen Dschidda Chancen, so der Friedensforscher Wolfgang Zellner.

Michael Müller, Ulrich Brand, Peter Brandt und Reiner Braun: Gemeinsame Sicherheit – heute wichtiger als im Kalten Krieg, S. 85-95

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat weltweit verheerende Folgen – und ein enormes Eskalationspotenzial. Umso wichtiger ist die Rückbesinnung auf das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit, so der ehemalige Politiker Michael Müller, der Politikwissenschaftler Ulrich Brand, der Historiker Peter Brandt und der Friedensaktivist Reiner Braun. Gerade heute müsse sich die Idee aus Zeiten des Kalten Krieges bewähren.

Matthias Schmelzer: Degrowth als Notwendigkeit. Wider die Legende vom grünen Wachstum, S. 96-104

Das Konzept des Degrowth ist zunehmend Gegenstand politischer Debatten. Der Transformationsforscher Matthias Schmelzer ist überzeugt: Soll eine Klimakatastrophe noch verhindert werden, ist nicht grünes Wachstum, sondern der Abschied vom Wachstumszwang die einzige Option.

Neelke Wagner: Wasserstoff aus Afrika: Hoffnung für wen?, S. 105-110

Nicht nur Namibia will in die Produktion von „grünem Wasserstoff“ für die Energiewende hierzulande investieren. Die Politikwissenschaftlerin Neelke Wagner analysiert, wer momentan von den Großprojekten profitiert und wie ein Win-win-Szenario aussehen müsste.

René Wildangel: Zwischen Elend und Explosion: Die schwelende Krise im Gazastreifen, S. 111-116

Die Krisen und Konflikte im Nahen Osten erfahren breite Aufmerksamkeit – nicht aber die desaströse Situation in Gaza, kritisiert der Historiker René Wildangel. Dabei könnten Deutschland und vor allem die EU für substantielle Verbesserungen sorgen und das tägliche Elend in Gaza lindern.

Moritz Krawinkel: Zentralamerika: Ist der autoritäre Siegeszug noch zu stoppen?, S. 117-124

Der Wahlsieg des Mitte-links-Kandidaten Bernardo Arévalo in Guatemala war für viele Menschen in Zentralamerika ein Hoffnungsschimmer – doch er bildet die absolute Ausnahme in der Region. Der Soziologe Moritz Krawinkel beleuchtet die Entwicklungen in Nicaragua, El Salvador und Guatemala und erkennt einen sich verfestigenden Trend hin zum Autoritarismus.